Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 221. Dienstag, 22. September 1931, abends. 84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das geänderte englische Goldgesetz angenommen.

Die deutschen Ozeanflieger Rody und Johannsen gerettet.

Der neue französische Botschafter überreicht sein Beglaubigungsschreiben.

Die Grundsäulen des kapitalistischen Systems wanken.

An dem gleichen Tage, an dem Francois Poncet in die Französische Botschaft am Pariser Platz in Berlin einzog, schloß die Bank von England ihre Tore. Für den Außenstehenden besteht zwischen beiden Ereignissen kein innerer Zusammenhang, die kundigen Thebaner dagegen kennen sich aus. Francois Poncet zog vor 1½ Jahren in das Ministerium für Nationalwirtschaft ein, das im Gebäude des Innenministeriums einquartiert war, in dem damals der Innenminister Laval, der gegenwärtige Ministerpräsident der französischen Republik seines Amtes waltete. Seit jenen Tagen war Francois Poncet in allen Finanz- und Wirtschaftsfragen die rechte Hand Lavals.

Es ist das Verdienst Poincarés, den französischen Franken vor dem Untergang gerettet und die Finanzen der Republik wieder auf gesunde Grundlagen gestellt zu haben. Seine Nachfolger im Ministerpräsidium und Finanzministerium brauchten seinen Weg nur geradlinig fortzusetzen, um zu erreichen, daß die Bank von Frankreich ihre Goldbestände im letzten Jahre verdreifachte. Unter dieser Finanzpolitik ist sie so kapitalstark und kreditmächtig geworden, daß ihre Gouverneure vor einigen Wochen in aller Form einen Angriff auf das Pfund Sterling unternehmen konnten. Dank der Vermittlung der Amerikaner gaben die Franzosen aber nach und gewährten den Engländern einen französisch-amerikanischen Kredit von 50 Millionen Pfund Sterling, der vorerst die englische Währung wiederum stabilisierte. Aber neue Gefahren drohten, wenn es nicht gelang, sofort den englischen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. An den Schwierigkeiten der Lösung dieser Aufgabe stürzte die Arbeiterregierung MacDonald. Ein nationales Konzentrations-Kabinett erschien, das durch drastische Sparmaßnahmen den englischen Staatshaushalt ausbalancierte. Eine Folge dieser Sparmaßnahmen war die Meuterei der atlantischen Kriegsflotte. Obwohl die englische Oeffentlichkeit und Presse eine mustergültige Selbstzucht übte, wirkten sich diese Ereignisse für den Kredit des Landes und die zentrale Kreditinstitution Welt-Britanniens, die Bank von England, so katastrophal aus, vornehmlich waren am letzten Freitag und Sonnabend die Abflüsse so stark, daß das nationale Konzentrations-Kabinett am Sonntag — zum dritten Male im letzten Jahrzehnt — zu einer Sitzung zusammentrat und beschloß, am Montag die Bank von England zu schließen. Bis auf weiteres ist die Goldwährung außer Kraft gesetzt, die Banknoten werden nicht mehr in Gold eingelöst, der Diskontsatz wurde von 4½ auf 6 Prozent erhöht, die Börse stellte bis zur Durchführung der geplanten Maßnahmen den Effektenverkehr ein und der Devisenverkehr erfuhr, ganz ähnlich wie bei uns, die schärfsten Einschränkungen.

Wir stehen hier vor einem Ereignis von weltpolitischer Bedeutung. Selbst in den Tagen der Kontinentalsperre Napoleons war die Bank von England nicht in solchen Schwierigkeiten wie heute. Ihre damalige Lage veranlaßte einen Adam Smith und David Ricardo zu ihren klassischen Untersuchungen über die Fundamente der Volkswirtschaft und des Steuerwesens. Diese wurden von geschichtlicher Bedeutung für die wissenschaftliche Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Die Engländer selbst haben es aber besser als alle anderen Völker verstanden, aus den Lehren der klassischen Nationalökonomen die praktischen Folgerungen zu ziehen. Gerade deshalb kommt die gegenwärtige Krise der Bank von England auch für die Weltöffentlichkeit jetzt so überraschend.

Um es ehrlich zu gestehen, wundern wir uns über diese Entwicklung nicht im geringsten. Wir haben uns an dieser Stelle bereits mit der Goldpolitik der Franzosen und Amerikaner auseinandergesetzt und festgestellt, daß die Grundlagen, auf denen unser ganzes kapitalistisches System ruht, wanken und schwanken. Kredite sind in letzter Hinsicht Angelegenheiten des Vertrauens. Da die Franzosen ihre Ersparnisse und ihre überschüssigen Kapitalien während der letzten Jahre politisch nicht günstig anlegen konnten, gewährten sie ruhig den Engländern so viele kurzfristige Kredite, als sie nur wünschten. Wir wissen, daß diese kurzfristigen Kredite von London aus nach Deutschland weitergegeben wurden und sich hier glänzend verzinsten. Die Franzosen sahen diesem kapitalistischen Spiel zunächst geduldig zu, sie ließen die Engländer mit aller Gemütsruhe in die gestellte Falle laufen, auch so tief hinein, daß es kaum mehr ein Entrinnen gab, und erst dann begannen sie mit dem Generalangriff, der jetzt international die Kreditwürdigkeit der Bank von England erschütterte. Niemand kann sich darüber hinwegtäuschen, daß diese Erschütterung fundamentaler Natur ist, denn die kurzfristigen Kredite, die ja den Engländern als ein Bleigewicht an den Füßen hängen, belaufen sich nach vorsichtiger Schätzung auf 3—4 Milliarden RM.

Vor dem Kriege war es internationaler Grundsatz, daß das Geld nirgends so sicher angelegt werden kann, als bei der Bank von England. Als vor einigen Wochen die ersten Zweifel auftauchten und das neue nationale Konzentrations-Kabinett glücklicherweise den französisch-amerikanischen 50 Mill.-Pfund-Kredit erhalten hatte, beeilte sich Ministerpräsident MacDonald im Unterhaus zu erklären, daß die Sicherheit der Bank von England nach wie vor über allen Zweifeln erhaben ist. Es hat keinen Monat gedauert, bis die Goldwährung außer Kraft gesetzt werden und Maßregeln ergriffen werden mußten, wie sie die Deutsche Reichsbank nach dem schwarzen Tage vom 11. Juli ds. Js. in Berlin ergreifen mußte. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir im Deutschen Reich während der letzten Monate und Wochen mit ihrer tiefen Erschütterung unserer Wirtschaft durchlebten, wirkt sich jetzt auch in ihrem ganzen Umfange nach, auch mit nicht geringerer Tragik in dem klassischen Lande des modernen Kapitalismus aus. Wenn irgend Zweifel noch bestanden, so zeigt das gegenwärtige Schicksal der Bank von England aller Welt, daß die Grundsäulen des kapitalistischen System ins Wanken geraten sind.

Schatzkanzler Snowden begründet die Vorlage.

)(London. **Im Unterhaus, in dem auch der Prinz von Wales anwesend war, brachte gestern der Finanzminister Snowden die neue Vorlage zur zeitweiligen Außerkraftsetzung des Goldstandardakies von 1925 ein.**

Snowden gab zunächst einen Ueberblick über die Krise, die mit den österreichischen und deutschen Schwierigkeiten begonnen und u. a. dazu geführt habe, daß 1,4 Milliarden Mark englischen Kapitals auf Grund der Beschlüsse der Londoner Konferenz in Deutschland festgefroren seien. Sodann habe das Ausland aber auch Kritik an den englischen Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung geübt, wie überhaupt an allem, was in England vor sich ging. Alles dies sei im Ausland übertrieben worden, so daß sich alsbald eine allgemeine Atmosphäre der Nervosität ergeben habe. Bezeichnend sei in diesem Zusammenhang gewesen, daß die **Goldverluste der Bank von England in der Hauptsache auf ausländische Rückzüge, nicht aber auf englische Kapitalflucht zurückzuführen waren.** Snowden kam dann auf die ungleiche Verteilung der Goldvorräte der Welt zu sprechen. Seit langem habe die Regierung diese Mißstände aufmerksam geprüft, aber alle Schritte, die sie evtl. hätte ergreifen wollen, seien gescheitert. Vielleicht trage die augenblickliche Krise dazu bei, die ganze Welt von der Wichtigkeit des Goldproblems zu überzeugen — ein deutlicher Wink des englischen Schatzkanzlers, daß England jetzt auf eine Konferenz oder zum mindesten auf eine internationale Zusammenarbeit in bezug auf die Goldfrage hinarbeitet. Mit aller Schonung für das französische und amerikanische Empfinden unterstrich der Schatzkanzler, daß sich **heute Dreiviertel des Goldvorrats der Welt in französischen und amerikanischen Händen befinden, wo es so gut wie wertlos und steril sei.**

Dies bilde eine große Gefahr für das Weltkreditsystem. Desgleichen erinnerte Snowden Amerika und Frankreich daran, daß England selbst den Amerikanern 88 Proz. seiner Schulden bezahle, während die Franzosen England nur 24 Prozent ihrer Schulden bezahlen. Snowden betonte im weiteren Verlaufe seiner Rede, daß die innere Lage Englands sicher sei, und daß deshalb kein Grund zur Uebertreibung vorliege. Es bestehe kein Anlaß, daß das Pfund einen wesentlichen Wertverlust erleiden solle, falls die Finanzpolitik Englands sorgfältig gehandhabt werde.

In den Ausführungen, die Snowden gestern nachmittag im Unterhaus bei Begründung des Gesetzentwurfes über die Suspendierung des Goldstandards machte, war noch eine Stelle von besonderer Bedeutung, in der der Schatzkanzler die **Bereitwilligkeit der britischen Regierung, eine internationale Konferenz abzuhalten,** betonte. Es sei der Regierung, erklärte Snowden, jedoch reichlich klar gemacht worden, daß **jeder Vorschlag dieser Art anderen Mächten nicht willkommen** und daher eine Konferenz zum Fehlschlage verurteilt sein würde. Es könne jedoch sein, daß die augenblickliche Krise denen, die es bisher abgelehnt hätten, sich an einer Erörterung dieser Frage zu beteiligen, die Notwendigkeit einer dringenden Aktion vor Augen halten würde. Die britische Regierung werde bestimmt keine Gelegenheit versäumen, um die Dringlichkeit und Wichtigkeit dieser Frage zu betonen.

Die Währungsdebatte in London

London, 22. September.

Im weiteren Verlaufe der Debatte im Unterhaus kritisierte der Arbeiterparteiler Wise ziemlich scharf die Politik der Regierung. Er erklärte, die Schwierigkeit sei auch zum großen Teil darauf zurückzuführen, daß britische Untertanen vor dem Pfund fliehen. Es werde in der City allgemein behauptet, daß ein großer Teil des Transfers britischer Währung von britischen Untertanen unternommen worden sei, die ihr Kapital ins Ausland zu bringen wünschten. Snowden warf hier ein: Das ist nicht wahr. Wise forderte die Regierung müsse die Bankenauflage ebenso beaufsichtigen wie Deutschland und fragte: **Wird England seinen Nacken unter den Stiefel von Wallstreet und Paris legen oder die Initiative in internationalen Angelegenheiten ergreifen?**

Der linke Flügel der Arbeiterpartei beantragte eine Ablehung der Vorlage mit der Begründung, daß das Haus die zweite Lesung ablehne, bis Vorkehrungen getroffen seien, um die Preise zu kontrollieren und die Kaufkraft der Lohnempfänger, der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung und der Pensionäre der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten.

Die Gesetzesvorlage über Aufhebung des Goldstandards wurde in dritter Lesung in einfacher Abstimmung angenommen. Das Unterhaus nahm mit 271 gegen 148 Stimmen den Regierungsvorschlag an, die Debatte nach der zweiten Lesung zu schließen. Das Haus konstituierte sich dann als Ausschuß zur Erörterung der einzelnen Fragen des Gesetzentwurfes.

Das Goldgesetz auch vom Oberhaus angenommen.

* London. Nach der Erledigung durch das Unterhaus wurde das **Gesetz zur Abänderung des Goldstandardgesetzes** vom Jahre 1925 **vom Oberhaus innerhalb von zwei Minuten angenommen.** Zwölf Lords waren anwesend. Im Anschluß an die Abstimmung wurde die Zustimmung des Königs kommissarisch erteilt.

Berliner Börse heute und morgen geschlossen.

Berlin. (Funkspruch.) **Der Börsenvorstand macht bekannt, mit Rücksicht auf die Schließung der Londoner Börse** und anderer europäischer Börsen findet am 22. und 23. Sept. eine Notiz von Wertpapieren, Devisen und Metallen an der Berliner Börse nicht statt. Der freie Handel in diesen Werten ist nicht zulässig. Devisenkurse werden heute in der Reichsbank festgestellt werden.

Laval offiziell eingeladen

Paris, 22. September.

Wie Havas meldet, hat Ministerpräsident Laval den amerikanischen Botschafter Edge empfangen, der ihm eine Einladung des Präsidenten Hoover überbrachte, sich zu einer Aussprache nach Washington zu begeben.

Laval beauftragte Edge, Präsident Hoover seinen Dank für die Einladung zu übermitteln, die die Lösung der großen Probleme der gegenwärtigen Stunde durch direkte Besprechungen nur erleichtern könnte. Obwohl unter den gegenwärtigen Umständen Laval keine endgültige Antwort geben zu können glaubte, wies er darauf hin, daß die französische öffentliche Meinung der Initiative des amerikanischen Präsidenten mit Befriedigung aufnehmen würde. Da diese Woche ein Ministerrat stattfindet, bevor Laval und Briand nach Berlin reisen, werde wahrscheinlich nach dieser Beratung die offizielle Entscheidung der französischen Regierung bekannt werden. Man könne annehmen, daß sie auf eine Annahme der Einladung des amerikanischen Präsidenten hinauslaufen werde.

SLUB Wir führen Wissen.